

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.  
Semmel Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 158.

Freitag, 10. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Einrückens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. zum ersten, 4. zum hohen Grundstiftungsstelle (8 Seiten), 25 Gold-Pfennige; die 5. zum hohen Grundstiftungsstelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemmung der Abgabe erfolgt, wenn der Vertrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe" - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzeistraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Großer Tumult im Deutschen Reichstage.

10. Juli 1925.  
Am Regierungstische: Reichsfinanzminister v. Schlieffen. Präsident Voelke eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Min. Neu auf die Tagesordnung gestellt wird ein Antrag auf Freilassung der inhaftierten kommunistischen Abgeordneten Grottel und Pfeiffer. Sie befinden sich seit Oktober bzw. März 1924 in Haft.  
Abg. Landberg (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Rechtsausschusses. Dieser hat mit 15 gegen 9 Stimmen entschieden, daß das Interesse des Reichstages an der Anwesenheit dieser Abgeordneten größer sei als das Interesse der Staatsgewalt an ihrer Inhaftierung. Der Ausschuss schlägt daher die Freilassung der beiden Abgeordneten vor.  
Bei der Abstimmung erheben sich für diesen Antrag die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Demokraten und das Zentrum. Da fast alle Fraktionen große Lücken aufweisen, kann sich das Präsidium über die Mehrheitsverhältnisse nicht einig werden. Es muß daher Auszählung erfolgen. Die Auszählung ergibt die Annahme des Antrages auf Freilassung mit 176 gegen 143 Stimmen bei einer Enthaltung. Es folgt dann die erste Beratung des Initiativ-Antrages der Regierungsparteien über die

### Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Verbunden wird damit ein deutschnationaler Antrag, der die Reichsregierung ersucht, den Finanzminister zu ermächtigen, die sofortige Wiederherstellung des alten Tabakzolls von 100 Mark pro Doppelzentner Tabak vorzunehmen.  
Abg. Simon-Schwaben (Soz.) bekämpft die Erhöhungen der Bier- und Tabaksteuer. Der Redner hält den Regierungsparteien vor, sie hätten im stillen Kämmerlein unter dem Druck der Regierung die Vorlage zustande gebracht. Auch die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei gehören zu den Unterzeichnern, obwohl sie draußen im Lande gegen die Erhöhung sind und über die Berliner Steuerwirtschaft schimpfen. Die Biersteuer sei auch insbesondere deshalb zu bekämpfen, weil sie eine erhebliche Verminderung der Produktion mit sich bringe und die Folge davon sein würde, ein erhebliches Steigen der Erwerbslosenziffer im Brauergewerbe. Man würde so einen Teil des Ertrages der Steuer wieder für Erwerbslosenunterstützung verwenden müssen. Eine weitere Folge sei die Erhöhung des Schnapszollums der auch bald eine Erhöhung der Milchpreise seitens der Landwirtschaft folgen werde. Wenn der Herr Finanzminister Geld brauche, so ständen noch genügend andere Steuerquellen offen, wo er dieses Geld herbekommen könne. Deshalb habe man denn die Einkommen- und Vermögenssteuer abgebaut. Auch an die Besteuerung der Internationalen geminne denke man heute nicht mehr.  
Abg. Wendtner (Komm.) führt aus, die Parteien des Regierungsbündels hätten in dieser Frage wieder einmal gründlich verärgert und erneut ihre Unfähigkeit bewiesen. Die Sozialdemokraten hätten gegen den Entwurf nicht aus sozialen Interessen, sondern nur im Hinblick auf kapitalistische Interessen gekämpft.

Abg. Hill (Dem.) erinnert den Reichskanzler an sein Versprechen, daß die massenbelastenden Steuern abgebaut werden sollen und an die fürlich beschlossene Herabsetzung der Weinsteuer. In viel größerer Nähe aber als Wein sei Tabak ein Bedarfsgegenstand der breiten Massen.  
Abg. Grottel (Soz.) stellt fest, daß seine Freunde die gesamte Vorlage nicht ablehnen wollten, weil sie eine Reihe von Vergünstigungen für Bayern erhielt. Die darin enthaltenen Tarife hätten sie aber verworfen. Die neue Vorlage der Regierungsparteien bringe volle Steuerfreiheit für die kleinen Brauereien unter 1000 Liter.  
Abg. Schiller (Soz.) warnt vor einer Neubelastung der Konsumenten. Die Tabakbauern brauchen keinen besonderen Schutz, denn nur 88 Tabakbauern bauen auf Flächen, die über 1 Hektar groß sind. Wegen dieser Tabakbauern könne man nicht das ganze Volk belasten.  
Abg. Hehr (Wirtsch. Vereinl.) verweist auf die Verbesserung der Vorlage, die den Bierbrauereien zu gute kommen würden.  
Abg. Henning (Wölk.) lehnt die Vorlage ab, weil sie das Unsozialste vom Unsozialsten sei. Man müsse dem deutschen Arbeitnehmer sein Glas Bier und seinen Tabak nicht unmöglich machen.

Die Vorlage wird dann dem Steueranschuß überwiesen. Der erste Regierungsentwurf, der vom Ausschuss abgelehnt worden ist, wird darauf vom Finanzministerium zurückgezogen.

Einem Vertrage mit Polen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr wird im Interesse der deutschen Grenzbevölkerung in allen drei Lesungen zugestimmt.

Der Beitritt Deutschlands zum Spitzbergen-Vertrage wird gebilligt.

Das Haus wendet sich dann wiederum dem

### Haushaltsplan für die besetzten Gebiete

zu. Für eine „Liga der unterdrückten Nationen“ trat in der

Fortsetzung der Debatte über den Etat des Ministeriums der besetzten Gebiete der völk. Abg. v. Nomin ein. Er wünscht sich diese Liga als Gegengewicht gegenüber der „verlorenen Pöbellogie des Völkerbundes“, die immer von Menschlichkeit rede, und deren Menschlichkeit sich in der „ritterlichen“ Haltung namentlich der „großen Nation“ gegenüber der mehrfachen Bevölkerung der besetzten Gebiete zeige. — Der Etat der besetzten Gebiete wurde in zweiter Lesung genehmigt.

### Haushaltsplan für den Reichstag.

Abg. Taubadel (Soz.) empfiehlt die Beschlässe des Ausschusses, die neue Arbeitsräume für die Abgeordneten, den Bau eines Nebengebäudes zum Reichstagsgebäude und weitere Freifahrten für die Reichstagsabgeordneten für die Postautolinien und die Dampferlinie auf dem Hohensee fordern. Entweder solle beim Reichstagsgebäude eine Aufstockung erfolgen oder das Nachbargrundstück zur Errichtung eines Neubaus angekauft werden, der durch einen Schwibbogen mit dem Reichstagsgebäude verbunden werden müsse. Auch die Einrichtung eines Gartens werde gewünscht. Die Abgeordneten verlangen ferner noch Freifahrten für die Klein- und Lokalbahnen und höhere Zuschüsse für die Schlafwagen. Der Reichstag will sich auch ein eigenes Automobils kaufen und hat zu diesem Zweck 20.000 M. bewilligt. Der Haushalt des Reichstages wird genehmigt. Die Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gebilligt.

Es folgen dann Berichte des Verkehrs- und des Ausschusses für die Eisenbahnen. — Die Ausschüsse werden angenommen.

Ein Vertrauensantrag wird um 1/2 Uhr abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes, betr. die Ausübung des Rechts zum

### Zug einer Militäruniform.

Darauf wird der Reichspräsident ermächtigt, dieses Recht für solche Personen zu regeln, die schon vor Bildung der Reichswehr aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden waren.

Abg. Ruhn (Soz.) nennt die Einbringung dieser Vorlage grotesk in einer Zeit, die für die Beratung der wichtigsten Probleme nichts übrig habe. Wie könne sich der Reichstag jetzt mit alten kaiserlichen Uniformen beschäftigen. Man solle doch auch an die außenpolitische Wirkung denken. Die Monarchisten wollen ihre Regimentstage benutzen, um durch das Juristatragen der kaiserlichen Uniformen gegen die Republik zu haben. Aus der Vorlage spreche der Geist von Potsdam, der Geist der Ueberhebung.

Reichswehrminister Dr. Gehler betont die Notwendigkeit einer endlichen Regelung dieser Frage. Gerade der vorhergehene Reichspräsident Ebert habe auf die Einbringung dieses Gesetzes gedrungen. (Hört! hört! rechts.) Es sei verfassungswidrig, man müsse daher eine Zweidrittelmehrheit erhalten. Regimentsveranstellungen unterstehen dem Vereinsrecht. Wenn Prinz Eitel Friedrich daran teilnehme, so sei das lediglich eine Geschmacksache.  
Um 8 1/2 Uhr beantragt Abg. Dittmann (Soz.) erneut Vertagung.

Die Abgg. Schulz-Bromberg (Dr.) und Henning (Wölk.) protestieren erregt und verlangen Fortsetzung der Debatte, damit sie auf die Angriffe des sozialdemokratischen Redners antworten können.

Es entsteht ein ungeheurer Tumult, der minutenlang anhält.

Reichspräsident Dr. Ebert läßt dann über den Vertagungsantrag abstimmen. Für diesen erheben sich die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten und auch das Zentrum. Unter großer Unruhe erklärt Dr. Ebert die Vertagung für beschlossene Sache. Darauf entsteht große Erregung auf der rechten Seite. Es wird die Gegenprobe verlangt. Dr. Ebert schreitet darauf trotz des Widerpruches der Linken zu einer nochmaligen Abstimmung und ordnet schließlich die Auszählung an. Auf der Linken erhebt sich jetzt ein ungeheurer Lärm. Im Chor wird Schreie gerufen. Der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zur Auszählung zu verlassen, wird keine Folge geleistet. Alles schreit wild durcheinander. Nebentisch bilden sich erregte Gruppen. Einzelne Abgeordnete drängen sich zum Präsidenten. Dr. Ebert hebt daher die Sitzung für drei Minuten auf und verläßt den Präsidentensitz.

Als er dann wieder im Saale erscheint, empfängt ihn die Linke mit großem Hallo. Dr. Ebert versucht eine erneute Abstimmung über die Vertagung herbeizuführen, wird aber durch anhaltenden tobenden Lärm daran gehindert. Er hebt schließlich die Sitzung auf und beraumt die nächste an auf Freitag 2 1/2 Uhr: Aufwertungsgesetze. Die Sitzung schließt mit einem ungeheuren Lärm. Nur langsam leert sich der Saal.  
Schluß 10 Uhr.

daß in den Städten, die vor dem 15. August geräumt werden sollen, noch interalliierte Polizei zurückbleiben werde, so wird an unterrichteter Stelle berichtet, daß diese Polizei zwar bis zum 15. August dort bleiben wird, dann aber auch zurückgezogen werden soll. In Bezug auf die Räumung der Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg u. Ruhrort kann, wenigstens nach englischen und französischen Pressenmeldungen, angenommen werden, daß die Räumung dieser Städte zugleich mit dem Ruhrgebiet erfolgen soll.

## Die Umsatzsteuer auf 1,25 Prozent ermäßigt.

Der Steueranschuß des Reichstages beriet gestern die Umsatzsteuer, Einkommensteuer weiter. Ein demokratischer Antrag, Umsatzsteuer frei zu lassen, Leistung aus freier Berufstätigkeit, insbesondere den Erwerb aus wissenschaftlicher, künstlerischer, schriftstellerischer, unterrichtender und erzieherischer Tätigkeit, aus der Berufstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und Bucherzweigen, wird abgelehnt. — Abg. Hehr (Soz.) beantragt, daß die von der Regierung in der Form einer Verordnung beabsichtigte Befreiung der Privatgelehrten, Künstler und Schriftsteller von der Umsatzsteuer, sofern die neuerschaffenen Umsätze im Kalendervierteljahr den Betrag von 1500 Reichsmark nicht übersteigen, in Gesetzesform gebracht werde. Dieser Antrag wird angenommen.

Angenommen wurde ferner nach längerer Debatte der Antrag der Regierungsparteien, wonach, wie wir bereits gestern meldeten, die Umsatzsteuer 1,25 Mark vom Hundert beträgt.

### Der Ausschuss wandte sich nunmehr der Ertragsteuer

Abg. Schneider-Vorlin (Dem.) beantragte die völlige Befreiung der Ertragsteuer, die die deutsche Qualitätsindustrie bedrohe. — Abg. Seiffert (Wölk.) sprach sich gegen die Streichung der Ertragsteuer aus. — Abg. Dr. Hehr (Soz.) erklärte: Die Sozialdemokratische Fraktion wird in der ersten Lesung dem Antrage auf Befreiung der Ertragsteuer zustimmen, da sie in ihrer gegenwärtigen Form eine ungerechtfertigte und schädliche Belastung der Qualitätsindustrie ist. — Abg. Hülsmann (Komm.) wies auf die ungeheure Arbeitslosigkeit hin, die auf dem Gebiete der sogenannten Luxuswarenindustrie durch die Steuer enthalten sei. — Abg. Reinath (D. Vp.) erklärte, daß eine neue Situation für seine Partei entstanden sei. Er würde jetzt natürlich für diesen Antrag stimmen; behielt sich aber für die zweite Lesung alles vor. — Auch Abg. Dr. Brüning (Zentr.) war der Ansicht, daß die Ertragsteuer im Interesse der Qualitätsarbeiter abgebaut werden müsse. — Am gleichen Sinne äußerten sich auch die Vertreter der übrigen Regierungsparteien. Der demokratische Antrag auf völlige Streichung der Ertragsteuer wurde jedoch gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Angenommen wurde der Antrag der Regierungsparteien, wonach es der Regierung überlassen wird, den Satz der Ertragsteuer nach eigenem Ermessen auf weniger als 10 Proz. herabzusetzen.

### Hierauf wurde die Herbergsteuer

behandelt.  
Min.-Rat Suren vom preussischen Ministerium der Innern führte aus, daß es wiederum einen Einriff der Reichsgesetzgebung in die den Ländern vorbehaltenen Gebiete bedeuten würde, wenn das Reich den Gemeinden verbiete, Herbergsteuern zu erheben. — In der Abstimmung wurde ein Antrag Nolte (Wirtsch. Vg.) angenommen, wonach die Länder und Gemeinden vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes ab keine Steuern mehr vom Entgelt für die Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privatwohnungen erheben dürfen. Hierauf verlegte sich der Ausschuss.

## Marokkanische Niederlagen.

Trotzdem die Pariser Presse nach Möglichkeit bestrebt ist, rubine Suveränität an den Tag zu legen, läßt sich selbst in französischen Zeitungstiteln der letzten Tage deutlich feststellen, daß die Lage in Marokko immer bedenklicher sich gestaltet. Der neue Vorstoß der Militee gegen Fez, das Durchbrechen der französischen Front und das Umlandgreifen der Abfallgelüste unter der einheitlichen Bevölkerung beunruhigen die französische Öffentlichkeit stark. Der Stoß auf Fez, dessen Gelände nach den bisherigen Erfahrungen durchaus nicht außerhalb des Reiches der Möglichkeit liegt, verleiht natürlich wichtige strategische und politische Ziele. In der Hauptstadt Marokkos, dem Mittelpunkt Nordafrikas, münden wichtige Meer- und Karawanenstrassen. Die Stadt selbst hat mit 135.000 Einwohnern als für afrikanische Verhältnisse außerordentlich bevölkert bezeichnet werden. Hinzukommt, daß die Stadt, die Hunderte von Moscheen beherbergt, auch religiös ein Mittelpunkt von nicht geringer Bedeutung ist. Endlich ist Fez auch Sitz der alten marokkanischen Sultansdynastie. Wenn der gegenwärtige Sultan auch dem französischen General-Residenten unterstellt ist und seine Souveränität praktisch vollständig ausgeklammert ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Sultan immer noch unter vielen Umständen Ansehen genießt. Inwieweit die Milde Abd el Krim sich gegen den Sultan richten, oder ob ein gewisses gedeimtes Einverständnis mit dem ja ebenfalls gekrönten Fürsten besteht, läßt sich natürlich nicht übersehen. Die Gelährdung von Fez würde auch eine Gefahr für Tanger bedeuten. Die Ausbreitung des Aufstandes in die „neutrale Zone“, deren Garantemächte auch Italien, England und Amerika sind, muß den Marokkanern natürlich sofort weitgreifende internationale Bedeutung geben. Diplomatisch nicht gerade ein Erfolg scheint die Marokkolonferenz in Madrid gewesen zu sein. Der Beschluß eines Friedensangebotes trägt nicht gerade zur Verhinderung des französischen Aufstiegs bei. Die ausdrückliche Ausschaltung des Völkerbundes bei dieser wichtigen internationalen Frage beweist wieder einmal die Bedeutungslosigkeit dieser Einrichtung, sobald es sich nicht nur darum handelt, bezwungene Völkerteile durch Steuermajorität zu verwalten.

## Die Räumungsfrage.

10. Juli. Die Räumungsstermine sind im Londoner Abkommen festgelegt worden und es kann angenommen werden, daß die damals getroffenen Vereinbarungen innegehalten werden. Es liegen zunächst offizielle Nachrichten darüber vor, daß die Räumung des Ruhrgebietes demnächst eingeleitet wird. Wenn in Restrukturmaßnahmen darüber selbsten wird.